

| BIBLIOMED

f&w PSYCH

2|24

Maßregelvollzug – Ein System am Limit

Weitere Themen:
Bauen in der Psychiatrie,
Schutz vor der Pleite

Die rosarote Brille



Anika Pfeiffer
Chefin vom Dienst

Der Maßregelvollzug gilt als Erfolgsmodell. Doch während Wachstum in anderen Branchen ein wahrer Grund zur Freude ist, verursacht die Entwicklung in der psychiatrischen Forensik tiefe Sorgenfalten. Denn der Nebenspieler der Allgemeinpsychiatrie platzt aus allen Nähten. Die Nachfrage steigt enorm, Patienten abzulehnen ist keine Option: Waren es in den 1980er-Jahren noch weniger als 4.000 Rechtsbrecher, sind es heute rund 14.000 Menschen, die in einer Maßregelvollzugseinrichtung untergebracht sind. Tilmann Hollweg vom LWL und Alexander Gary (Vitos) analysieren die Lage ab Seite 25. Unterdessen versucht das Institut für Qualitätsmanagement des Maßregelvollzugs (IfQM) in Bayern, die Qualität und Sicherheit in der Forensik anhand von Daten zu verbessern (Seite 20). Dass die Zeit reif ist, endlich die rosarote Brille abzunehmen, findet auch Roland Freese. Inzwischen seien zwei parallel existierende Systeme entstanden, urteilt der Ärztliche Direktor der Ambulanz des Maßregelvollzugs bei Vitos (Seite 28) und spricht sich für eine „konsequente Ambulantisierung“ aus.

Offen bleibt, wie es mit der Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie (PPP-RL) weitergeht. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hätte viel dringendere Reparaturen als das alleinige Aussetzen der Sanktionen an der PPP-RL vornehmen müssen, kritisiert Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags (Seite 9). „Die Zeit dafür wurde vergeudet“, stattdessen habe man „nur ein Symptom behandelt und ein Pflaster darauf geklebt, das nun bis 2026 halten wird“. Ein Paar Spitzen erntet auch der Medizinische Dienst (MD): Eine „klare Kompetenzüberschreitung“ attestiert unser Herausgeber Stefan Günther dem MD, der die PPP-RL-Vorgaben abermals mit Neuerungen in der MD-QK-RL verschärft habe (Seite 40). Eine Posse zu den Strukturprüfungen, die eigentlich den Prüfaufwand in Krankenhäusern verringern sollten, nun aber eher das Gegenteil bewirken, liefert Sabine de Ridder (Seite 38).

Mit einem Augenzwinkern unter der Sonnenbrille entlasse ich Sie nun in die Sommerlektüre der f&w Psych und wünsche viel Vergnügen beim Lesen (hoffentlich) im Sonnenschein!



Titelbild: Getty Images/FHM/FHM

Inhalt

Politik

Es gibt Wichtigeres als Sanktionen
Weiterentwicklung der PPP-RL
Interview
Mit Bettina Wilms, Paul Bomke und
Sylvia Claus

Die 113 für die psychische Krise
Krisendienst
Von Dr. Rüdiger Hannig

„Einen funktionierenden
Mix finden“
Interview
Mit Franz Löffler

Management

Ambulant vor stationär
Psychiatrische Institutsambulanzen
Von Dr. Michael Ziereis

An den Perspektivwechsel
gewöhnen
Interview
Mit Dr. Iris Hauth

Gut fragen heißt viel wissen
Serie: Maßregelvollzug
Von Dr. Adelheid Bezzel

Wachstum ohne Ende
Serie: Maßregelvollzug
Von Tilmann Hollweg et al.

„Zwei parallel existierende
Systeme“
Serie: Maßregelvollzug
Mit Roland Freese

4 Eine Klinik ist mehr als ein
Funktionsgebäude
Serie: Bauen in der Psychiatrie
Von Jakob Schäffer

6 Gebäude für die
seelische Gesundheit
Serie: Bauen in der Psychiatrie
Von Prof. Linus Hofrichter et al.

9

Finanzierung

Ein Schildbürgerstreich
Kolumne
Von Sabine de Ridder

12

Klare Kompetenzüberschreitung
Kommentar
Von Stefan Günther

40

16 Das passende Instrumentarium
finden
PPP-RL
Von Prof. Dr. Renate Schepker

20

Vor der Welle surfen
Insolvenz
Von Dr. Nicolas Krämer

25

Digitalisierung

DiGA sind gekommen,
um zu bleiben
Kolumne
Von Dr. Mate Ivančić

32 Apps und Co. auf dem Vormarsch
Digitale Therapien
Von Prof. Dr. Johanna Löchner et al.

Rubriken

Editorial 1

Impressum 18

Psychiatrische Versorgung

„Einen funktionierenden Mix finden“

Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags, vertritt die Interessen der sieben bayerischen Bezirke. Zudem ist er langjähriger Bezirkstagspräsident der Oberpfalz und setzt sich seit Langem für eine wohnortnahe Versorgung ein, damit die Medizin zu den Menschen kommen kann – und nicht umgekehrt. Ein Interview.

„Bislang fand keine fundierte Auseinandersetzung mit den eigentlichen Problemen der Richtlinie statt. Man hat nur ein Symptom behandelt und ein Pflaster darauf geklebt, das nun bis 2026 halten wird.“

Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags



Herr Bezirkstagspräsident Löffler, aktuell dominiert die von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach angestrebte Krankenhausreform im somatischen Bereich die öffentliche Diskussion. Ist das aus Ihrer Sicht der einzige Grund, weshalb das Papier der Krankenhauskommission um Tom Bschor zur Psychiatrie weniger Aufmerksamkeit bekommen hat?

Nein, das ist sicherlich nicht der einzige Grund. Außerdem wurde das Papier der Kommission in der Fachwelt durchaus ausgiebig – und ebenfalls nicht ganz frei von kontroversen Debatten – diskutiert. Allerdings konnten psychiatrische Einrichtungen bereits, lange bevor Ende 2022 die bundesweite Debatte um die Krankenhausreform in den somatischen Fächern begonnen wurde, moderne, sektorenübergreifende Versorgungsangebote entwickeln

und diese zum Wohle der Patienten anbieten. Dies gelang nicht nur durch gute Gesetzgebung, sondern vor allem, weil man den Einrichtungen die notwendigen Freiheiten zur Gestaltung gegeben hat und die Krankenhausträger diese Chance ergriffen haben. Die bestehenden Freiheiten wurden jedoch ab 2020 durch das Inkrafttreten der Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie (PPP-RL) jäh beschnitten.

Bei der PPP-RL handelt es sich um eine Qualitätsvorgabe des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). Inwiefern werden dadurch wichtige Freiheiten in der Gestaltung der Versorgung abgebaut?

Wir hatten an sich die Hoffnung, dass die Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV), die den Kliniken über



Serie: Maßregelvollzug

Wachstum ohne Ende

Forensische Einrichtungen platzen aus allen Nähten. Warum das so ist und wie sich die Situation entspannen ließe.

Von Tilmann Hollweg, Dr. Alexander Gary

Die forensische Psychiatrie ist ein Wachstumsmarkt. In den 1980er-Jahren waren in den alten Bundesländern noch weniger als 4.000 Personen aufgrund einer strafrechtlichen Anordnung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt untergebracht. Aktuell ist davon auszugehen, dass in Deutschland per Gerichtsbeschluss rund 14.000 Rechtsbrecher aufgrund einer psychischen Erkrankung oder einer Suchterkrankung in einer Maßregelvollzugseinrichtung unter-

gebracht sind. Während man sich in anderen Branchen über Wachstum freut, verursacht diese Entwicklung tiefe Sorgenfalten bei den Verantwortlichen in den Bundesländern und bei den Trägern sowie Leitungen forensischer Einrichtungen.

Folgen sind gravierend

Das ungebremste Wachstum führt zu einer starken Überbelegung in forensischen Einrichtungen – in manchen sind

bis zu 30 Prozent mehr Insassen untergebracht als vorgesehen. Einzel- oder Mehrbettzimmer werden mit zusätzlichen Betten bestückt, Kriseninterventionsräume, Besucherräume oder Therapeutenzimmer zu Patientenzimmern umfunktioniert. Die Träger müssen Wartelisten führen. Einige Staatsanwaltschaften suchen bundesweit nach einem freien Platz und in einigen Ländern wurden bereits aufgrund fehlender Unterbringungsmöglichkeiten psychisch kranke oder suchtkranke Straftäter vor-

Foto: Getty Images/twomeows